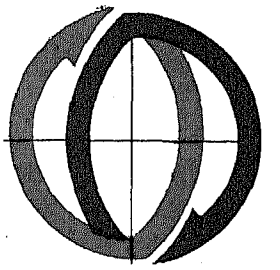
ITF newsletter • bulletin d'informations
nachrichten • nyhetsinformation



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 8 August 1985

Seite

AKTUELLES

Tunesien : Verhaftungen nach Straßentransportarbeiterstreik 69
Südafrika : Notstandsverordnung löst weltweite Proteste aus 69
UNCTAD-Abkommen über Schattenflaggen außerordentlich geschwächt 70
Striktere Kontrollmaßnahmen über gesundheitsschädliche Substanzen 71
Japan : ITF verurteilt Vorschläge zur Privatisierung der Staatsbahnen 72

Binnenverkehr

EG : Keine Einigung über neue Lenkzeitvorschriften 72
Großbritannien : Streikabstimmung in Arbeitskonflikt über Einmann-Besatzung von Lokomotiven 73
ITF : Arbeitsgruppe über neue Eisenbahn-Technologie tagt in London 73

Zivilluftfahrt

Internationales : Straffere Flughafensicherheit infolge von Flugzeugentführungen und Bombendrohungen 74
USA : Erfolgreicher Pilotenstreik bei United Airlines 74
Kanada : Flugscheinverkäuferstreik vereitelt geplante Einführung der Teilzeitarbeit 74
Großbritannien : Bahnbrechender Kollektivvertrag bei British Caledonian 75

Seeleute

Schattenflaggen : Panama bemüht sich schlechtes Image loszuwerden 75
Großbritannien : Kommission für Rassengleichheit fordert Beendigung der Heuerbenachteiligung ausländischer Seeleute 76
Großbritannien : Erfolgreicher Streik im Arbeitskonflikt mit P & O 76
ITF-Musterkollektivvertrag für Bewegliche Offshore-Schiffseinheiten 77
ITF : Schiffahrtspolitischer Ausschuß nimmt Richtlinien über Bareboat-Charter an 77

International Transport Workers' Federation · Fédération Internationale des Ouvriers du Transport · Internationale Transportarbeiterföderation · Internationella Transportarbetarefederationen · Federación Internacional de los Trabajadores del Transporte
133-135 Great Suffolk Street, London SE1 1PD, England · Tel: 01-403 2733 · Telex: 8811397 ITF LDN G · Telegrams: Intransfe, London,SE1

Seite

Hafenarbeiter

Großbritannien : Neue Vorschriften über Sicherheit der Hafenarbeit geplant 77
Niederlande : Beschäftigungssicherheitsabkommen für Rotterdamer Hafenarbeiter 78

Reisebüropersonal

ITF : Konferenz des Reisebüropersonals beschließt Kampagne gegen American Express 78
Japan : ITF-Mitgliedsgewerkschaft stellt Reiseführer für ausländische Touristen bereit 79

Regionaltätigkeit

ITF-Ausbildungsprogramm für asiatisch/pazifischen Raum 79

Allgemeines

Afrika : Gewerkschaftliche Hilfe erforderlich für Dürrekrise 80
Guatemala : IBFG verurteilt Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung 81
Europa : Realverdienst weiter gesunken

Tarifverhandlungsergebnisse 82

Todesfälle 82

Personalien 82

Bevorstehende Tagungen 83

AKTUELLES

TUNESIEN : VERHAFTUNGEN NACH STRASSENTRANSPORTARBEITERSTREIK

Die tunesische Regierung hat auf einen von der uns angeschlossenen tunesischen Fédération Générale des Transports (FGT) am 5. August ausgerufenen Streik brutal reagiert. Das Hauptbüro des Gewerkschaftsbundes wurde von der Polizei umzingelt, einige Gewerkschaftsfunktionäre wurden verhaftet, die Polizei drohte den Streikenden mit Gewaltmaßnahmen, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen und Streikbrecher wurden als Fahrer eingesetzt. 95% des Personalbestandes leistete dem Streikaufruf Folge, der nach voller Beachtung der einschlägigen Bestimmungen der Arbeitsgesetzgebung erfolgte. Die Handlungsweise der Regierung ist somit gesetzwidrig und stellt einen groben Verstoß gegen die in IAO-Übereinkommen verankerte Vereinigungsfreiheit dar. Auf Wunsch der FGT hat der ITF-Generalsekretär Harold Lewis in einem am 9. August entsandten Telegramm an Premierminister Mohammed M'zali die genannten Verhaftungen, Drohungen und Einschüchterungsmaßnahmen sowie den Einsatz von Streikbrechern verurteilt und den Premierminister aufgefordert, die Freilassung der verhafteten Gewerkschafter zu veranlassen und sicherzustellen, daß die Verhandlungen über die berechtigten Lohnforderungen der tunesischen Straßentransportarbeiter wiederaufgenommen werden. Außerdem hat die ITF den IBFG verständigt und ihn gebeten, im Namen der internationalen Gewerkschaftsbewegung als ganzes gegen diesen ernsten Angriff auf grundlegende Gewerkschaftsrechte Protest zu erheben.

SÜDAFRIKA : NOTSTANDSVERORDNUNG LÖST WELTWEITE PROTESTE AUS

Der Erlaß einer Notstandsverordnung durch das südafrikanische Apartheidregime am 20. Juli und die darauf folgenden Massenverhaftungen - darunter zahlreiche führende Gewerkschafter - haben in der gesamten freien Welt einen Proteststurm ausgelöst. Nach der Entsendung eines Protesttelegrammes an Präsident Botha hat der ITF-Generalsekretär Harold Lewis, nach Rücksprache mit dem IBFG, alle der ITF angeschlossenen Gewerkschaften aufgefordert, den größtmöglichen Druck auf die südafrikanischen Behörden auszuüben, um die Wiederaufhebung der Notstandsverordnung und die Vornahme grundlegender Reformen zu bewirken, ohne die weitere Proteste und gewaltsame Handlungen unvermeidlich sind. Die ITF-Mitgliedsgewerkschaften wurden ferner aufgefordert, die von IBFG-Gewerkschaftsbünden unternommenen Schritte voll zu unterstützen und falls notwendig ihrerseits Maßnahmen zu ergreifen, um dem südafrikanischen Regime klarzumachen, daß sie seine Politik verabscheuen. Gemäß den Ende Juli beim IBFG vorliegenden Informationen sind mindestens 28 führende Gewerkschafter von der Sicherheitspolizei festgenommen worden, darunter Msahlomola Skhonana, der stellvertretende Generalsekretär des dem IBFG angeschlossenen südafrikanischen Gewerkschaftsbundes (Council of Unions of South Africa). Auch der IAO-Generaldirektor Francis Blanchard hat sich den internationalen Protesten angeschlossen und die südafrikanische Regierung aufgefordert, alle Verhafteten oder mit Bezug auf die Notstandsverordnung und Sicherheitsgesetzgebung angeklagten Gewerkschafter unverzüglich freizulassen und sich zu bemühen, den Gründen für die gegenwärtigen Unruhen in Südafrika durch eine demokratische Rücksprache mit Vertretern der schwarzen Bevölkerung des Landes zu begegnen.

Auf diplomatischer Ebene wurden folgende Schritte gegen Südafrika unternommen: Norwegen, Frankreich, Neuseeland und Panama haben ihre diplomatischen Vertreter zurückgerufen; Frankreich hat beschlossen, neue Investitionen in Südafrika zu

verbieten und die norwegische Regierung hat angeordnet, daß volle Einzelheiten veröffentlicht werden, wenn immer Schiffe unter norwegischer Flagge oder norwegischem Management in südafrikanische Häfen einlaufen. Eine vom UNO-Sicherheitsrat am 26. Juli angenommene Entschließung fordert ebenfalls die Aufhebung der Notstandsverordnung und beantragt, daß die Mitgliedsstaaten der UNO alle neuen Investitionen in Südafrika suspendieren, den Verkauf südafrikanischer Goldmünzen (Krügerrand) verbieten, sportliche und kulturelle Kontakte mit Südafrika einschränken und alle neuen Kernenergie- und Computer-Handelsverträge annullieren sollten, die für die südafrikanischen Streitkräfte in irgendeiner Weise von Nutzen sein könnten. Gegen eine noch schärfer abgefaßte Entschließung, die obligatorische wirtschaftliche Sanktionen forderte, legten Großbritannien und die USA ein Veto ein.

Als Teil seiner Kampagne gegen Unternehmen, die sich weigern, unabhängige Gewerkschaften anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln, hat der IBFG alle Internationalen Berufsekretariate aufgefordert, sich an Aktionen gegen das britische Unternehmen BTR (British Tyre and Rubber) zu beteiligen, dessen Tochterunternehmen BTR Sarmcol 975 Mitglieder der südafrikanischen Metallarbeitergewerkschaft (MAWU) aufgrund von Streitigkeiten über deren Anerkennung entlassen hat. Alle ITF-Gewerkschaften, die Informationen über dieses Unternehmen haben, sollten mit dem ITF-Sekretariat in Verbindung treten.

UNCTAD-ABKOMMEN ÜBER SCHATTENFLAGGEN AUSSERORDENTLICH GESCHWÄCHT

Die UNO-Konferenz über Schiffsregistrierungsbedingungen fand vom 8. bis 19. Juli 1985 in Genf statt und hat zu einem Kompromiß geführt, der in keiner Weise den ursprünglichen Zielen der Konferenz entspricht. Die der Gruppe 77 angehörenden Entwicklungsländer, die von Anfang an für die Definierung eines echten Zusammenhanges zwischen Schiff und Flaggenland waren, sind dem Druck seitens der Industrieländer und Reeder derartig gewichen, daß das geplante Abkommen über Schiffsregistrierungen kaum noch konkrete Auswirkungen auf die Schattenflaggen haben wird. Die ITF war auf der Konferenz durch den Stellvertretenden Generalsekretär Ake Selander und den Sekretär der Sonderabteilung der Seeleute, Brian Laughton, vertreten. Als die Form des endgültigen Abkommens erkennbar wurde, entsandte der ITF-Generalsekretär Harold Lewis ein scharf abgefaßtes Telegramm an den Leiter der schiffahrtspolitischen Abteilung der UNCTAD, in dem er seiner ernsten Besorgnis über den Verlauf der Konferenz Ausdruck gab und betonte, daß es notwendig ist, strikte Normen festzulegen, um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Seeleute zu schützen, den Menschenhandel mit billigen Arbeitskräften zu verhindern und auf einer "Land-zu-Land-Basis" die Beschäftigungsbedingungen der Offiziere und Mannschaften auf Schiffen der einzelnen Länder festzulegen. Ferner ist die ITF der Ansicht, daß das endgültige Abkommen keine ausreichenden Bestimmungen enthält um sicherzustellen, daß Hafenstaaten und Flaggenländer miteinander zusammenarbeiten, damit letztere ihren Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommen können und daß bereits bestehende bessere gesetzliche und vertragliche Bedingungen oder Praktiken in keiner Weise durch die in dem Abkommen enthaltenen Normen beeinträchtigt werden sollen. Der Abkommensentwurf soll einer im Jahre 1986 stattfindenden letzten Sitzung der Konferenz zur offiziellen Annahme vorgelegt werden. Bezüglich der Bemannung von Schiffen sieht das Abkommen lediglich vor, daß ein "befriedigender Teil" der auf einem Schiff beschäftigten Offiziere und Mannschaften Staatsbürger des Registrierungslandes oder in diesem Registrfierungsland ansässig sein sollten. Aber selbst diese Bestimmung wird weiter dadurch abgeschwächt, daß das Flaggenland hierbei u.a. den Gegebenheiten eines "finanziell leistungsfähigen Einsatzes seiner Schiffe" Rechnung tragen sollte. Was die Eigentümerschaft betrifft, so ist vorgesehen, daß geeignete Vorkehrungen getroffen werden sollten, um es Staatsbürgern zu ermöglichen, sich an der Eigentümerschaft von Schiffen unter der Flagge ihres Landes zu beteiligen und daß das Ausmaß dieser Beteiligung genügend groß sein sollte, um es dem

Flaggenland zu ermöglichen, eine wirksame Rechtssprechung und gesetzliche Kontrolle über Schiffe unter seiner Flagge auszuüben. Es ist nicht überraschend, daß sowohl Panama als auch Liberia bezüglich dieser Bestimmung Vorbehalte zu Protokoll gegeben haben.

STRIKTERE KONTROLLMASSNAHMEN ÜBER GESUNDHEITSSCHÄDLICHE SUBSTANZEN: ZUNEHMENDER INTERNATIONALER DRUCK

Im Lichte kürzlicher größerer Zwischenfälle mit gesundheitsschädlichen Substanzen - insbesondere der tragische Unfall in einem Werk des Chemiekonzerns Union Carbide in Bhopal in Indien im Dzember vorigen Jahres - werden nunmehr intensive Bemühungen unternommen, um die Vorschriften über die Herstellung und Beförderung von Substanzen zu verschärfen, die für Arbeitnehmer und/oder die in der Nähe solcher Fabriken wohnende Bevölkerung gesundheitsschädlich oder sogar tödlich sein könnten. Ende Juli veröffentlichte der IBFG in Zusammenarbeit mit der Internationale der Chemiearbeiter (ICEF) einen Bericht mit dem Titel "Gewerkschaftsbericht über Bhopal", der von einer gemeinsamen IBFG/ICEF-Delegation erstellt wurde, die im März 1985 Bhopal besuchte. Das zwanzig Seiten lange Dokument gelangt zu der Schlußfolgerung, daß keiner der Faktoren, die zu dem Unglück in Bhopal beigetragen oder dieses Unglück verursacht haben, nur im Falle des Union Carbide-Werkes zutrifft. Im Gegenteil, viele Vorgänge auf dem Gebiete der chemischen und industriellen Produktion in aller Welt weisen ähnliche Defekte auf. Der Bericht enthält eine ausführliche technische Darstellung der wahrscheinlichen Unfallsursachen und weist in jeder Hinsicht die Anspielung zurück, daß dieser Unfall absichtlich verursacht wurde. Gemäß dem Bericht war der Unfall auf folgende Faktoren zurückzuführen: mangelhafte Instandhaltung, defekte Ausrüstungen, starke Reduzierung der Bemannnungsnormen, ungenügende Ausbildung der Arbeitnehmer und unzureichende Überwachung der Arbeitsvorgänge. Das in den USA befindliche Stammunternehmen (Union Carbide Corporation) war zumindest zum Teil für den Unfall verantwortlich, da die Herstellungsmethoden von Anfang an unsicher waren und keine Schritte unternommen wurden, um Mängeln abzuhelfen, die dem Unternehmen bereits vorher zur Kenntnis gebracht worden waren.

Nachdem Gespräche zwischen dem IBFG und anderen interessierten Berufssekretariaten stattgefunden haben, soll in Genf im September dieses Jahres eine internationale Gewerkschaftstagung stattfinden, auf der die Kontrolle gesundheitsschädlicher Substanzen zur Diskussion steht. Insbesondere wird sich diese Tagung mit der Tätigkeit verschiedener internationaler Agenturen befassen, die für die Überwachung der Produktion und Beförderung gefährlicher Substanzen zuständig sind. Ferner sollen auf dieser Tagung Unterlagen zu Händen einer für Oktober d.J. geplanten dreigliedrigen IAO-Sitzung über größere Industriegefahren erarbeitet werden.

Im Juni d.J. tagte in Genf die jährliche Internationale Arbeitskonferenz, auf der ebenfalls eine wichtige Entschließung zu diesem Thema angenommen wurde. In dieser Entschließung werden alle IAO-Mitgliedsstaaten aufgefordert, bei voller Rücksprache mit den zuständigen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer integrierte und umfassende Vorschriften und Richtlinien zur Vermeidung von Gefahren im Zusammenhang mit gefährlichen Vorgängen sowie auf dem Gebiete der Produktion, Beförderung, Lagerung, Handhabung und Ablagerung gefährlicher Substanzen anzunehmen. Wenn immer möglich sollten die Arbeitgeber solche gefährlichen Substanzen und Arbeitsvorgänge durch sicherere Alternativen ersetzen und dafür sorgen, daß alle im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer in einer für sie verständlichen Sprache die erforderliche Ausbildung, Informationen und Anweisungen erhalten und außerdem mit den für den Schutz ihrer Sicherheit und Gesundheit notwendigen Ausrüstungen versehen werden. Ferner hat die Arbeitskonferenz ein Übereinkommen und eine Empfehlung über berufliche Gesundheitsdienste angenommen und eine erste Diskussion über die Sicherheit der Verwendung von Asbest geführt. Gestützt auf diese erste Diskussion soll auf der nächstes Jahr stattfindenden Internationalen Arbeitskonferenz ein Überein-

kommen (mit ergänzender Empfehlung) zu diesem Problem angenommen werden. (Exemplare des IBFG/ICEF-Berichte sind vom IBFG, Rue Montagne aux Herbes Potagères, 1000 Brüssel erhältlich.)

JAPAN : ITF VERURTEILT VORSCHLÄGE ZUR PRIVATISIERUNG DER STAATSBAHNEN

Die ITF hat am 30. Juli eine Presseerklärung veröffentlicht, in der die Vorschläge einer mit der Untersuchung der Zukunft der Japanischen Staatsbahnen (JNR) beauftragten Regierungskommission scharf verurteilt werden. Gleichzeitig versprach die ITF den japanischen Gewerkschaften der Eisenbahner die volle und andauernde Solidarität der Eisenbahner in aller Welt in ihrem Kampf gegen diese Privatisierungspläne.

Der Bericht der Kommission enthält in gewissem Sinne keine Überraschungen: er empfiehlt die Aufsplitterung der JNR in sechs regionale Privatunternehmen (dies soll bis April 1987 realisiert werden), die Abschaffung weiterer 100.000 Eisenbahner-Arbeitsplätze und die Schließung zahlreicher Nebenstrecken.

In der ITF-Erklärung wird auf die verheerenden sozialen Auswirkungen der Durchführung eines solchen Planes verwiesen. Durch die Zerstörung der Hauptader der Transportstruktur Japans würde der Lebensstandard von Millionen japanischer Bürger beeinträchtigt werden, wenn sie sich entweder hohen Fahrpreiserhöhungen oder einer Entziehung lokaler Eisenbahndienste gegenübergestellt sehen. Der Angriff auf die Arbeitsplätze und den Lebenserwerb der japanischen Eisenbahner ist besonders ernst, weil diesen Arbeitnehmern das Streikrecht gesetzlich vorenthalten wird.

Trotz der Proteste der ITF und ihrer japanischen Mitgliedsgewerkschaften hat das japanische Kabinett diese Pläne gutgeheißen. Nunmehr haben die Eisenbahnergewerkschaften begonnen, spontane Arbeitsniederlegungen durchzuführen und Kundgebungen abzuhalten, um die Öffentlichkeit erneut darauf aufmerksam zu machen, daß die Regierung fest entschlossen ist, daß Eisenbahnnetz des Landes zu verstümmeln. Gemäß den letzten Meldungen bestehen Anzeichen dafür, daß die Gewerkschaften in ganz Japan zunehmende öffentliche Unterstützung für ihre Bemühungen gewinnen, deren Ziel es ist, die JNR als starken und einheitlichen Bestandteil der Transportstruktur im Rahmen einer koordinierten nationalen Verkehrspolitik beizubehalten.

Binnenverkehr

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT : KEINE EINIGUNG ÜBER NEUE LENKZEITVORSCHRIFTEN

Die Kompliziertheit der vorgeschlagenen Änderungen zu einer EWG-Verordnung über Lenk- und Ruhezeiten im Straßentransport (sh. auch Juni/Juli-Nummer der ITF-Nachrichten) hat ganz offensichtlich selbst die für Transport und Verkehr zuständigen hohen Beamten der Gemeinschaft überfordert. Trotz der Tatsache, daß der Verkehrsministerrat sie angewiesen hatte, gestützt auf ihre "Kompromißvereinbarung" vom 24. Juni eine endgültige Vorlage zu erstellen, waren die Beamten nicht in der Lage, sich darüber einig zu werden, was diese Vereinbarung eigentlich vorsieht und haben daher die Behandlung dieser Frage bis zum September d.J. zurückgestellt. Die ITF benutzte diese Atempause, um Protestschreiben an den luxemburgischen Verkehrsminister Marcel Schlechter, der gegenwärtig Vorsitzender des Verkehrsministerrates ist, sowie an Herrn Stanley Clinton Davis (Kommissar für Transport und Verkehr) und Herrn Peter Sutherland (Kommissar für Soziale Angelegenheiten) zu richten und zu beantragen, daß die Kommission ihre ursprünglichen Vorschläge zurückziehe, damit bei Rücksprache mit den Gewerkschaften und anderen interessierten Parteien

akzeptable und durchführbare Vorschriften formuliert werden können. Verkehrsminister Marcel Schlechter hat in seinem Antwortschreiben die in dieser Angelegenheit vom Wirtschafts- und Sozialausschuß und vom Europäischen Parlament vertretene Haltung unterstützt und auch sein Verständnis für die Stellungnahme der Gewerkschaften bekundet. Dennoch aber deutete er an, daß die neue Verordnung zwar nicht in jeder Hinsicht befriedigend sei, aber einen Schritt in der richtigen Richtung darstelle.

GROSSBRITANNIEN : STREIKABSTIMMUNG IN ARBEITSKONFLIKT ÜBER EINMANN-BESATZUNG VON LOKOMOTIVEN

Die der ITF angeschlossene britische Eisenbahnergewerkschaft NUR hat Ende August eine Streikabstimmung unter ihren Mitgliedern vorgenommen, nachdem die Geschäftsleitung der Britischen Staatsbahnen (BR) die Einführung des Einmann-Betriebes auf Frachtzügen und bestimmten Personenzügen angekündigt hatte. Die Gewerkschaft war bereit, der Einmann-Besatzung von Lokomotiven in beschränktem Maße zuzustimmen, widersetzte sich aber gleichzeitig dem Versuch der BR, auf allen Zügen den Zugführer abzuschaffen, ohne sich hierüber mit der Gewerkschaft geeinigt zu haben. Die NUR ist der Ansicht, daß die Abschaffung der Zugführer nicht nur zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit beitragen, sondern auch die Betriebssicherheit ernsthaft gefährden würde. Ungeachtet dessen schien die Geschäftsleitung der BR fest entschlossen zu sein, die Gewerkschaft "herauszufordern". Infolgedessen führten Mitglieder der NUR in Zusammenarbeit mit den der Gewerkschaft ASLEF angehörenden Lokführern in verschiedenen Teilen des Landes Protestaktionen gegen den einseitigen Arbeitgeberbeschluß zur Einführung des Einmann-Betriebes durch. Daraufhin wurden 10.000 Zugführer, die in Übereinstimmung mit der Politik ihrer Gewerkschaft gestreikt hatten, entlassen. Die oben erwähnte Urabstimmung über die Durchführung eines landesweiten Eisenbahnerstreiks wurde somit vorgenommen, um die BR wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Im Rahmen dieser Urabstimmung sprachen sich die Mitglieder der Gewerkschaft mit knapper Mehrheit gegen einen Streik aus. British Rail hat die entlassenen Zugführer wiedereingestellt, und die Geschäftsleitung hat begonnen, mit den beiden Gewerkschaften weitere Gespräche über die Einführung des Einmann-Betriebes auf bestimmten Fracht- und Personenzugstrecken zu führen.

ITF : ARBEITSGRUPPE ÜBER NEUE EISENBAHN-TECHNOLOGIE TAGT IN LONDON

Am 9. Juli fand im Hauptbüro der britischen Lokführergewerkschaft ASLEF die erste Sitzung einer von der ITF-Sektion Eisenbahn gebildeten Arbeitsgruppe über neue Technologie statt. An der Sitzung nahmen Vertreter von neun Eisenbahnergewerkschaften aus sieben europäischen Ländern teil Den Vorsitz führte Kjeld Jensen (Jernbaneforeningen, Dänemark). Die Arbeitsgruppe diskutierte verschiedene Formen der neuen Technologie, die in zunehmendem Maße im Eisenbahnverwaltungssektor Verwendung finden, sowie die Auswirkungen dieser Technologie auf die verschiedenen Eisenbahner-Kategorien. Spezifisch wurde beschlossen, den Fragenkomplex in zwei Bereiche zu unterteilen: die sich spezifisch auf den Eisenbahnsektor beziehende Technologie (Signalwesen, Zugkontrolle, Streckeninstandhaltung) und die im Eisenbahnsektor zur Anwendung gelangende allgemeine Computertechnologie (Automation von Büroarbeiten, Fahrkarten-Automaten sowie die Automation von Wartungsarbeiten in Eisenbahnwerkstätten usw.). Arbeitsgruppenmitglieder aus Großbritannien, Spanien, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden und Italien wurden aufgefordert, eine Voruntersuchung spezifischer Technologien vorzunehmen, und das ITF-Sekretariat erklärte sich bereit, hierüber Informationen von anderen Mitgliedsgewerkschaften einzuholen. Zweck dieser Untersuchung ist es, für den nächsten ITF-Kongreß (Juli 1986) einen Bericht über die Auswirkungen auf den Personalbestand, das Befähigungsniveau und die berufliche Ausbildung usw. der Eisenbahner fertigzustellen.

Zivilluftfahrt

INTERNATIONALES : STRAFFERE FLUGHAFENSICHERHEIT INFOLGE VON FLUGZEUGENTFÜHRUNGEN UND BOMBENDROHUNGEN

Die beiden internationalen Luftfahrtgremien ICAO und IATA haben im Juli d.J. aufgrund des Umstandes, daß in letzter Zeit in zunehmendem Maße Flugzeugentführungen und Bombendrohungen auf die Luftfahrt erfolgt sind, eine Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen in Flughäfen beschlossen. Ferner haben Vertreter sieben führender Industrieländer beschlossen, die im Jahre 1978 angenommene Bonner Erklärung wirksamer anzuwenden. Diese Erklärung fordert die Einstellung des Flugverkehrs von und nach Ländern, die es verfehlen, Flugzeugentführer auszuliefern oder strafrechtlich zu verfolgen und entführte Flugzeuge zurückzuerstatten. Japan, die USA und die Sowjetunion haben vereinbart, ein Verbindungssystem zwischen FS-Kontrollzentren in Tokio, Anchorage und Khabarovsk herzustellen, um eine Wiederholung von Zwischenfällen - wie das Abschießen einer Boeing 747 der Korean Airlines - in Zukunft zu vermeiden.

Die ITF hat erneut betont, daß die Sicherheitskontrolle in allen Zivilflughäfen auf das höchstmögliche Niveau gebracht werden muß. In einem am 8. Juli ausgesandten ITF-Rundschreiben werden alle angeschlossenen Luftfahrtgewerkschaften aufgefordert, ihre nationalen Regierungen schnellstens dazu zu bringen, daß die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen unter einzelstaatlicher Hoheit durchgeführt werden, und mit allen Mitteln auf den Abbau von Mißständen zu drängen.

USA : ERFOLGREICHER PILOTENSTREIK BEI UNITED AIRLINES

Im Sommer d.J. wurde der Flugbetrieb der größten amerikanischen Luftfahrtgesellschaft - United Airlines - infolge eines Streiks von 5.000 Mitgliedern der uns angeschlossenen Pilotenvereinigung ALPA fast einen Monat lang stillgelegt. Der Streik wurde außerdem vom Kabinen- und Bodenpersonal der United Airlines unterstützt. Der Versuch des Unternehmens, den Streik zu zerschlagen, wurde dadurch vereitelt, daß sich die neueingestellten Piloten weigerten, die Streikposten der ALPA zu ignorieren. Daraufhin erklärte sich das Unternehmen ohne großen Verzug bereit, die Verhandlungen über die Gehaltsforderung der Piloten wieder aufzunehmen. Am Ende wurde eine Erhöhung der Gehälter um insgesamt 9,5% über 4 Jahre bei gleichzeitiger Einführung einer zweiten Parallel-Gehaltsskala vereinbart. Dennoch aber dauerte der Streik an, weil das Unternehmen im Rahmen der Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Arbeit unakzeptable Bedingungen aufzuzwingen versuchte, darunter die Entlassung der neueingestellten Piloten, die sich geweigert hatten, die Streikposten zu ignorieren, und die Gewährung besonderer Dienstaltersrechte für nicht-streikende Piloten. Am Ende wurde der Streik eingestellt, nachdem sich beide Parteien bereit erklärten, den Streitfall an ein Gericht zu verweisen, das zugunsten der ALPA entschied, die sofortige Wiedereinstellung der neueingestellten Piloten anordnete und das Unternehmen anwies, Steikbrechern keinerlei bevorzugte Behandlung zuteil werden zu lassen. Das Unternehmen beabsichtigt, gegen dieses Urteil Berufung einzulegen.

KANADA : FLUGSCHEINVERKÄUFERSTREIK VEREITELT GEPLANTE EINFÜHRUNG DER TEILZEITARBEIT

Der Versuch des Luftfahrtunternehmens Air Canada, bestimmte vollzeitige Positionen in Teilzeitpositionen umzuwandeln, ist durch einen Streik der uns angeschlossenen kanadischen Gewerkschaft des Luftfahrtpersonals (CALEA) vereitelt worden. Das Unternehmen beanspruchte das Recht, eine unbeschränkte Zahl von Teilzeitarbeitern

einzustellen, woraus sich bedingterweise Entlassungen oder Gehaltsreduzierungen für das bestehende vollzeitige Personal ergeben hätten. Die am Ende des Konfliktes zwischen Air Canada und der Gewerkschaft getroffene Vereinbarung sieht vor, daß dieses Jahr bis zu 30% Teilzeitarbeiter beschäftigt werden können, und nächstes Jahr bis zu 35%. Ferner werden diese Teilzeitarbeiter bei Überzähligkeit vor vollzeitigen Arbeitnehmern entlassen werden, und alle bestehenden vollzeitigen Beschäftigten werden berechtigt sein, weiterhin vollzeitig zu arbeiten, falls sie dies wünschen. Das Teilzeitpersonal wird eine garantierte Mindestarbeitszeit pro Woche haben sowie Anspruch auf Dienstaltersrechte und auf Beitritt zur Betriebsrentenkasse. Ferner wurde eine Erhöhung der Gehälter um 4% sowie die einmalige Zahlung eines Pauschalbetrages in Höhe von 1.000 kanadische Dollar vereinbart. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit von 2 Jahren und sieht außerdem die Bildung eines für Sicherheit und Gesundheit zuständigen Ausschusses, eines sich mit den Auswirkungen des technologischen Wandels befassenden Ausschusses und eines Paritätischen Rates vor, dessen Aufgabe es ist, Methoden der elektronischen Überwachung der Leistung und des Verhaltens der Arbeitnehmer zu überprüfen.

GROSSBRITANNIEN : BAHNBRECHENDER KOLLEKTIVVERTRAG BEI BRITISH CALEDONIAN

Sieben britische Gewerkschaften haben eine bahnbrechende Kollektivvereinbarung für die bei der unabhängigen Luftfahrtgesellschaft British Caledonian beschäftigten Bodenmechaniker getroffen. Die vereinbarten Änderungen der Arbeitspraktiken streben eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Rentabilität des Unternehmens an und beinhalten flexiblere Arbeitsschichten und weniger einschränkende Funktionsdefinierungen. Als Gegenleistung wurde den betreffenden Arbeitnehmern der Angestelltenstatus zugesprochen und ihre wöchentliche Arbeitszeit auf 37 1/2 Stunden reduziert. Ferner wurde ein Verfahren zur Regelung von Streitigkeiten vereinbart, das es ermöglichen soll, die meisten Beschwerden so zu behandeln, daß die Ergreifung von Arbeitskampfmaßnahmen vermieden werden kann. Letztens erklärte sich das Unternehmen bereit, sein Personal aktiv zum Beitritt zur zuständigen Gewerkschaft zu ermutigen.

Seeleute

SCHATTENFLAGGEN : PANAMA BEMÜHT SICH SCHLECHTES IMAGE LOSZUWERDEN

Seit vielen Jahren hat Panama unter den Schattenflaggenländern den schlechtesten Ruf was Sicherheits- und Ausbildungsnormen betrifft. Nunmehr versucht Panama sein schlechtes internationales Image auf diesem Gebiet zu verbessern und hat daher elementare Prüfungen für Schiffsoffiziere eingeführt, um es ihnen zu ermöglichen, die unter dem panamaischen Gesetz erforderlichen Befähigungen zu erlangen. Außerdem hat die Regierung eine neue Arbeitsgesetzgebung für die Schiffahrt in Aussicht gestellt. Leider befindet sich Panama jedoch in einem Dilemma, weil es auf keinen Fall Reeder abschrecken möchte, die ihre Schiffe von der Liberia-Flagge auf die Panama-Flagge umregistrieren. Liberia hat vor einiger Zeit begonnen Schiffsinspektionen vorzunehmen und im Jahre 1984 ist die Liberia-Tonnage um 5% zurückgegangen, wogegen die Panama-Tonnage um 15% angestiegen ist. Natürlich will Panama mit den angekündigten "Verbesserungen" lediglich dem internationalen Druck in Richtung der Annahme eines Abkommens begegnen, dessen Ziel in der gestaffelten Abschaffung

offener Schiffsregister bestehen würde. Nachdem in der Schiffahrtszeitschrift Lloyds List ein Artikel über die in Panama geplante Änderung der Arbeitsgesetzordnung erschienen war, hat ITF-Generalsekretär Harold Lewis in einem Schreiben an die Redaktion der genannten Zeitschrift erklärt, daß ein früherer Versuch in Richtung einer Revision der Arbeitsgesetzgebung Panamas "spurlos untergegangen" ist, weil die amerikanischen Schattenflaggenreeder nicht bereit waren, ein Gesetz zu dulden, gemäß dem zumindest ein bescheidener Teil der auf Schiffen unter der Flagge Panamas beschäftigten Besatzungen panamaische Staatsbürger sein müßten. Auf die Behauptung des Leiters des Panama-Schiffsregisters, Dr. Hugo Torrijos, daß die geplante Arbeitsgesetzgebung "gewerkschaftsfreundlich" sein würde, erwiderte der Generalsekretär, daß die von der Regierung in Aussicht gestellte Gewerkschaft 100% in der Tasche der Reeder stecken würde. Abschließend betonte er, daß die ITF bereit sei, ihre Haltung gegenüber Panama zu überprüfen sobald die Reeder ihrerseits gewillt seien, konkrete Verpflichtungen gegenüber Panama einzugehen, sowohl was Investitionen betrifft als auch Arbeitsplätze für panamaische Staatsbürger. Die ITF hat auch auf Ebene der UNCTAD beharrlich ein solches Vorgehen unterstützt. "Das gegenwärtige System", erklärte er abschließend, "bringt Panama viel Verabscheuung, eine Menge Schecks und einen florierenden Handel mit bronzenen Namensplaketten. Man kann dies kaum als eine Basis für eine ordentliche Arbeitsgesetzgebung betrachten."

GROSSBRITANNIEN : KOMMISSION FÜR RASSENGLEICHHEIT FORDERT BEENDIGUNG DER HEUERBENACHTEILIGUNG AUSLÄNDISCHER SEELEUTE

Die Bemühungen der ITF und ihrer britischen Seeleutegewerkschaften um die Verbesserung der Heuern der auf britischen Schiffen beschäftigten asiatischen Seeleute werden nunmehr auch von der staatlichen Kommission für Rassengleichheit (CRE) unterstützt, die sich in einer Stellungnahme zu einer im Jahre 1976 getroffenen Regelung dagegen ausspricht, daß es zulässig sein sollte, den auf britischen Schiffen beschäftigten asiatischen Seeleuten eine weitaus niedrigere Heuer zu zahlen als britischen Mannschaftsdienstgraden. Die Zahl der auf britischen Schiffen beschäftigten asiatischen Seeleute ist seit dem Jahre 1976 stark zurückgegangen, wodurch die von den Reedern gegen die Abschaffung der genannten Diskriminierung vorgebrachten Kostenargumente außerordentlich an Gewicht verloren haben. Eine verdienstmäßige Gleichstellung der asiatischen Seeleute mit britischen Besatzungsmitgliedern würde etwa 8 Mill. Pfund kosten, verglichen mit 36 Mill. Pfund im Jahre 1976. Außerdem ist die indische Regierung nicht länger dagegen, daß indische Seeleute auf britischen Schiffen die gleiche Heuer erhalten wie britische Besatzungsmitglieder.

Die der ITF angeschlossene Britische Seeleutegewerkschaft (NUS) hat mit den Reedern bereits vereinbart, daß bei Neuanheuerungen ausländischer Seeleute ab sofort die volle britische Heuer zu zahlen ist.

GROSSBRITANNIEN : ERFOLGREICHER STREIK IM ARBEITSKONFLIKT MIT P & O

Im Juli d.J. zwang die der ITF angeschlossene britische Seeleutegewerkschaft NUS die Kreuzschiffahrtsreederei P & O durch einen Streik zur Zurückziehung ihres Planes, 375 Stewards, Barleute und Bedienungspersonal auf vier P & O-Kreuzfahrtschiffen, die von nordamerikanischen Häfen auslaufen, mit schlecht bezahltem Konzessionärspersonal zu ersetzen. Die Durchführung der Pläne des Unternehmens würden eine Reduzierung der Monatsheuer von 150 US $ zur Folge gehabt haben, so daß das betreffende Personal weitgehend auf Trinkgelder angewiesen gewesen wäre. Die vier genannten Schiffe sind die Island Princess, Pacific Princess, Royal Princess und Sun Princess. Zwei der Schiffe wurden in Vancouver bestreikt und ein weiteres in Southampton. Dank der Solidarität kanadischer Gewerkschaften der Hafenarbeiter, Seeleute und Lotsen konnte vermieden werden, daß diese Schiffe ohne NUS-Mitglieder eingesetzt wurden.

ITF-MUSTERKOLLEKTIVVERTRAG FÜR BEWEGLICHE OFFSHORE-SCHIFFSEINHEITEN

Am 13. und 14. Mai 1985 tagte in Singapur der für Bewegliche Offshore-Schiffseinheiten zuständige Ausschuß der ITF-Seeleutesektion unter dem Vorsitz von K. Mols Sørensen (Dänemark), Sektionsvorsitzender. Das ITF-Sekretariat war durch Ake Selander (Stellvertretender Generalsekretär) vertreten. An der Sitzung nahmen Delegierte angeschlossener Gewerkschaften des Offshore-Personals aus Australien, Dänemark, Indien, Indonesien, Irland, Italien, Neuseeland, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und den USA teil. Der Ausschuß erarbeitete einen ITF-Musterkollektivvertrag für Bewegliche Offshore-Schiffseinheiten, der dem ITF-Fair-Practices-Ausschuß zur Befürwortung vorgelegt wurde. Ferner nahm der Ausschuß Bemannungsnormen für verschiedene Offshore-Schiffseinheiten an. Die ITF wird diese Bemannungsnormen sowie ein Sicherheits- und Ausbildungsprogramm für den Offshoresektor nach der im Frühjahr 1986 stattfindenden Vollkonferenz der ITF-Seeleutesektion veröffentlichen. Letztens beauftragte der Ausschuß eine kleine Arbeitsgruppe mit der Untersuchung bestimmter Zuständigkeitsprobleme, die aufgetreten waren, weil mehrere Gewerkschaften der Flaggen- bzw. Kontinentalsockelländer eine gewerkschaftliche Zuständigkeit beansprucht hatten.

ITF : SCHIFFAHRTSPOLITISCHER AUSSCHUSS NIMMT RICHTLINIEN ÜBER BAREBOAT-CHARTER AN

Am 6. und 7. Juni tagte in London der Schiffahrtspolitische Ausschuß der ITF-Seeleutesektion. Zur Diskussion standen Schattenflaggenschiffe unter Bareboat-Charter; und möglicherweise berechtigte Einsatzmöglichkeiten von Schattenflaggenschiffen. Zum ersten Punkt einigte sich der Ausschuß auf eine Reihe von Kriterien, die es dem ITF-Sekretariat ermöglichen sollen zu entscheiden, ob ein Bareboatcharter-Vertrag echt ist oder nicht. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß keine Verträge mit südafrikanischen Reedern angeschlossen werden sollen, die darauf bedacht sind, aus politischen Motiven von Schattenflaggen Gebrauch zu machen. Der Ausschuß erinnerte die zuständigen Mitlgiedsgewerkschaften daran, daß alle mit Schattenflaggenreedern abgeschlossenen Verträge vom ITF-Sekretariat befürwortet werden müssen und daß bei Rechtssprechungsstreitigkeiten mit der ITF Rücksprache gehalten und notwendigenfalls eine Schiedsinstanz hinzugezogen werden sollte. Falls behauptet wird, daß ein echter Zusammenhang zwischen Schattenflaggenschiff und Flaggenland besteht, sollte das ITF-Sekretariat Untersuchungen anstellen, um die nutznießende Eigentümerschaft zu ermitteln, wobei jedoch zu beachten ist, daß Finanzinstitute und Banken nicht als nutznießende Eigentümer betrachtet werden können. Alle diese Empfehlungen wurden später vom Fair-Practices-Ausschuß angenommen (sh. ITF-Nachrichten Juni/Juli 1986).

Hafenarbeiter

GROSSBRITANNIEN : NEUE VORSCHRIFTEN ÜBER SICHERHEIT DER HAFENARBEIT GEPLANT

In Großbritannien sollen neue Vorschriften über die Sicherheit der Hafenarbeit erlassen werden, da die bestehenden vor 50 Jahren festgelegten Bestimmungen in keiner Weise mehr den modernen Entwicklungen auf dem Gebiete des Frachtumschlags Rechnung tragen. Außerdem ist ein revidierter Verhaltenscodex mit detailierten Richtlinien für Hafenarbeitgeber geplant. Über beide geplanten Regelungen wird gegenwärtig Rücksprache gehalten, damit alle sich als notwendig erweisenden Änderungen in den Gesetzesentwurf an das Parlament aufgenommen werden können.

Die meisten vorgeschlagenen Änderungen gelangen in der Mehrzahl der Häfen bereits zur Anwendung, neu aber sind Vorschriften über die Befähigung und Tauglichkeit der Fahrer von Hafenfahrzeugen, die sichere Verwendung von Umschlagsgerät und Arbeit in beschränkten Räumen. Diese neuen Vorschriften sollten zur Reduzierung von Arbeitsunfällen in der Hafenwirtschaft beitragen.

Zweck dieser Gesetzesänderung ist es, den Anforderungen des am Ende der siebziger Jahre angenommenen IAO-Übereinkommens über die Gesundheit und Sicherheit der Hafenarbeit gerecht zu werden, bei dessen Erstellung ITF-Gewerkschaften der Hafenarbeiter eine wichtige Rolle spielten.

NIEDERLANDE : BESCHÄFTIGUNGSSICHERHEITSABKOMMEN FÜR ROTTERDAMER HAFENARBEITER

Nach langen und schwierigen Verhandlungen hat die der ITF angeschlossene Niederländische Transportarbeitergewerkschaft (FNV) mit den Rotterdamer Hafenarbeitgebern ein Abkommen über die Sicherung der Arbeitsplätze im allgemeinen Frachtsektor für die nächsten 15 Jahre getroffen. Vorgesehen sind u.a. folgende Maßnahmen: eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden auf 38 Stunden; eine freiwillige 32-Stunden-Arbeitswoche für Hafenarbeiter, die 55 Jahre oder älter sind; und die Zahlung von Abfindungsprämien um Hafenarbeiter aller Sektionen zu ermutigen, im Alter von 57 1/2 Jahren vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Außerdem soll im Hafen ein kollektiver Personalpool gebildet werden und überzähligen Hafenarbeitern werden Umschulungsmöglichkeiten geboten werden.

Reisebüropersonal

ITF : KONFERENZ DES REISEBÜROPERSONALS BESCHLIESST KAMPAGNE GEGEN AMERICAN EXPRESS

Im Juni d.J. fand in San Diego (Kalifornien) eine Vollkonferenz der ITF-Sektion des Reisebüropersonals statt. Gastgeber waren die zwei amerikanischen Gewerkschaften BRAC und IAM, die u.a. auch Reisebüropersonal organisieren. Zu Beginn der Konferenz erhoben sich die Teilnehmer in Erinnerung an den verstorbenen Sektionssekretär Ken Golding. Der Vorsitzende der ITF-Sektion Zivilluftfahrt, Bill Gill, nahm an der Konferenz als Beobachter teil, da eine enge Zusammenarbeit zwischen den Sektionen besteht. Die ITF war durch den Generalsekretär Harold Lewis und den Sektionssekretär Hans-Bernhardt Beyertt vertreten.

Ein Großteil der Konferenz war einer detailierten Untersuchung der Großunternehmen American Express (mit Stammsitz in den USA) und Thomas Cook (mit Stammsitz in London) gewidmet. Hierzu referierten die Kollegen Robert Harbrant (Präsident der zuständigen Abteilung des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO) bzw. Bert Lyons (Britische Gewerkschaft der Gehaltsempfänger im Verkehr und Vizevorsitzender der Sektion Reisebüropersonal). Die Delegierten waren der Ansicht, daß das bei der Firma Thomas Cook beschäftigte Personal gewerkschaftlich verhältnismäßig gut organisiert ist. Aus diesem Grunde wurde vereinbart, sich bei der gewerkschaftlichen Organisierung des Reisebüropersonals in erster Linie auf American Express zu konzentrieren, da dieses Unternehmen seine Tätigkeit ständig auf neue Bereiche ausdehnt und mehr und mehr Personal beschäftigt, aber eine in jeder Hinsicht äußerst antigewerkschaftliche Haltung vertritt. Die Konferenzteilnehmer versprachen, sich der antigewerkschaftlichen Einstellung des Unternehmens mit aller Entschlossenheit zu widersetzen und beschlossen ferner, hierbei eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund der Privatangestellten (FIET) und der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter (IUL) anzu-

streben, da diese offensichtlich ebenfalls an einer Kampagne interessiert sein sollten, deren Ziel es ist, die antigewerkschaftliche Haltung des American Express-Konzerns zu ändern.

Die Konferenz nahm ein revidiertes Arbeitsprogramm an, mit besonderem Bezug auf die Fertigstellung einer Übersicht über die Arbeitsbedingungen des Reisebüropersonals und eine laufende Analyse der Situation bei American Express und Thomas Cook. Außerdem wurde der Entwurf einer gewerkschaftspolitischen Erklärung über die Auswirkungen der Mikroelektronik diskutiert.

Die Konferenz wählte einen neuen Vizevorsitzenden (N. Tomizuka von der japanischen Gewerkschaft KANKO-ROREN). Sie endete mit Dankesworten an die gastgebenden Organisationen für ihre großzügige Gastfreundschaft.

JAPAN : ITF-MITGLIEDSGEWERKSCHAFT STELLT REISEFÜHRER FÜR AUSLÄNDISCHE TOURISTEN BEREIT

Die größte der ITF angeschlossen japanische Gewerkschaft des Reisebüropersonals (Japan Federation of Travel and Air Cargo Agency Workers' Union, KANKO-ROREN) hat begonnen im Rahmen eines gewerkschaftlich organisierten Services qualifizierte Reiseführer für ausländische Touristen bereitzustellen. Die Gewerkschaft war seit langer Zeit besorgt über die immer unzulänglicher werdenden beruflichen Befähigungen der größtenteils nicht gewerkschaftlich organisierten und oft finanziell ausgebeuteten Reiseführer, die vorwiegend von Privatunternehmen bereitgestellt werden. Der nunmehr von der Gewerkschaft gebildete Reiseführer-Service sollte sich sehr zum Vorteil der zahlreichen ausländischen Besucher Japans auswirken und den Reiseführern selbst eine beachtliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und ihres sozialen Status bringen. Bis jetzt haben sich rund 30 Reiseführer als Mitglieder der Gewerkschaft registriert. Wenn der genannte Service aber voll etabliert ist, dürfte diese Ziffer beachtlich höher liegen.

Regionaltätigkeit

ITF-AUSBILDUNGSPROGRAMM FÜR ASIATISCH/PAZIFISCHEN RAUM

Vom 11. bis 15. Februar 1985 fand in Auckland (Neuseeland) in Weiterverfolgung einer im Jahre 1977 abgehaltenen Dreigliedrigen Technischen IAO-Tagung ein Regionalseminar über die Berufliche Gesundheit und Sicherheit in der Zivilluftfahrt statt, an dem 60 Delegierte aus 10 Ländern der Region teilnahmen. Hauptreferendar war der von der IAO entsandte Berater, Herr B. E. Haskell. Behandelt wurden u.a. folgende Themen: Gesundheitsrisiken verschiedener Kategorien des Luftfahrtpersonals; Verhütungsmaßnahmen; die Rolle der Gewerkschaften bei der Verbesserung von Sicherheitsnormen; die Organisierung und Aufgaben von Sicherheitsausschüssen; und das gegenwärtige gemeinsame Rückspracheverfahren. Ein detailierter Bericht (einschließlich des Textes der einzelnen Referate im englischen Original) ist vom ITF-Sekretariat erhältlich.

Das für die asiatisch/pazifische Region geplante 5-Jahres-Schulungsprogramm der ITF begann im Februar d.J. mit einem intensiven vierwöchigen Ausbildungskurs für 17 gewerkschaftliche Bildungsfunktionäre im Schulungszentrum der australischen Gewerkschaftsbewegung. Die meisten Kursteilnehmer haben seitdem begonnen, in ihren eigenen Ländern kurze Seminare für Transportarbeitergewerkschaften abzuhalten, um diese Gewerkschaften zu stärken und sie zur Planung ihrer eigenen Bildungsarbeit zu ermutigen.

Vom 26. bis 28. März 1985 fand in Kalkutta ein Seminar für Reisebüropersonal und Beschäftigte der indischen Behörde zur Förderung des Tourismus statt. Wir hoffen, daß die 36 Teilnehmer den Kern einer gut organisierten Gewerkschaft bilden werden, die in ihren Anfangsstadien die Unterstützung der ITF benötigen wird. Nachdem der Regionalsekretär über die IAO, die ITF und deren Betätigung im Reisebürosektor berichtet hatte, diskutierten die Seminarsteilnehmer ein Dokument über die "Ausbeutung der Arbeitnehmer im Tourismussektor", mit besonderem Bezug auf die diesbezüglichen Probleme in Indien und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der zuständigen zersplitterten Gewerkschaften.

Am 13. und 14. Mai fand in Manila in Zusammenarbeit mit der Bildungs- und Forschungsabteilung der Philippinsichen Gewerkschaft des Luftfahrtpersonals (PALEA) ein Seminar für 40 Mitglieder dieser Gewerkschaft statt. Zur Diskussion standen folgende Themen: Schiedsverfahren; Streikrecht der Staatsbediensteten; und die gegenwärtigen Bemühungen in Richtung der Vereinigung der verschiedenen philippinischen Luftfahrtgewerkschaften.

Vom 16. bis 18. Mai nahmen 30 führende Funktionäre von Transportarbeitergewerkschften aus allen Teilen Malaysias an einem Bildungsseminar in Kuala Lumpur teil. Nach den Referaten über die Rolle der ITF und deren Bedeutung für die malaysische Gewerkschaftsbewegung und die Ziele der malaysischen Gewerkschaften auf dem Gebiete der Bildungsarbeit spaltete sich das Seminar in kleine Arbeitsgruppen auf. Außerdem wurde das für den asiatisch/pazifischen Raum begonnene 5-Jahres-Programm auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit erläutert.

Allgemeines

AFRIKA : GEWERKSCHAFTLICHE HILFE ERFORDERLICH IN DÜRREKRISE

Aufgrund der sich mehr und mehr ausbreitenden Dürre und Hungersnot in vielen Teilen Afrikas hat Francis Blanchard, der Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) die Gewerkschaften zur Hilfeleistung aufgerufen. In einem an nationale Gewerkschaftsbünde und internationale Organisationen (einschließlich der ITF) gerichteten Schreiben fordert Herr Blanchard die Gewerkschaften in Weiterverfolgung eines Beschlusses des IAO-Verwaltungsrates auf, die afrikanischen Länder zu unterstützen, insbesondere die Gewerkschaften der von der Dürre und Hungersnot heimgesuchten Länder, indem sie Dringlichkeitshilfe bereitstellen und sich auch mit den Problemen der mittel- und langfristigen Rehabilitierung befassen. Da allgemein bekannt ist, daß der Transport von Nahrungs- und anderen Versorgungsmitteln nach den heimgesuchten Gebieten eines der größten Probleme ist, haben die Mitglieder verschiedener ITF-Gewerkschaften bereits direkte Maßnahmen ergriffen, um Hilfe bereitzustellen. In den USA haben die bei Eastern Airlines und der Frachtfluggesellschaft Flying Tigers beschäftigten Mitglieder angeschlossener Gewerkschaften der Flugzeugmechaniker, Piloten und Flugbegleiter eine größere Hilfsaktion organisiert. Bei Eastern Airlines wurden in sechs Wochen über $ 200.000 eingesammelt, und Mitglieder der genannten Gewerkschaften stellten Besatzungen für ein vom Unter-

nehmen geliehenes Flugzeug bereit, das zwei Nahrungsmitteltransportflüge vornahm. Ferner bezahlten sie die Kosten des Einsatzes von 21 freiwilligen Ärzten, Krankenschwestern und medizinisch-technischem Personal. Bei der Frachtfluggesellschaft Flying Tigers wurde eine ähnliche Aktion organisiert, und zwar bei Benutzung einer Boeing 747, die 200 Tonnen Nahrungsmittel sowie freiwillige Helfer nach Addis Abeba folg. Dies mag in Anbetracht der enormen Bedürfnisse der notleidenden Bevölkerung nur ein bescheidener Beitrag sein, zeigt aber dennoch den guten Willen und die Hilfsbereitschaft der Transportarbeiter.

GUATEMALA : IBFG VERURTEILT UNTERDRÜCKUNGSMASSNAHMEN DER REGIERUNG

Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte sind in Guatemala ein tägliches Vorkommnis, aber die Bevölkerung des Landes fürchtet sich im allgemeinen davor, hiergegen zu protestieren. Dies ist eine Schlußfolgerung einer IBFG-Mission, die Anfang d.J. Guatemala besuchte. Gestütz auf die von der Mission erlangten Informationen hat der IBFG-Generalsekretär, John Vanderveken, der IAO im Juni d.J. eine öffentliche Beschwerde über die Ermordung, Entführung und Verhaftung guatemaltekischer Gewerkschafter unterbreitet. Dem Beschwerdeschreiben lag ein detailierter Bericht über 97 Verhaftungen bei, in deren Falle die Verhafteten spurlos verschwanden, sowie über 37 Ermordungen von Gewerkschaftern. Der IBFG verweist spezifisch darauf, daß die von der guatemaltekischen Regierung aufgrund früherer Beschwerden über die Verletzung der Vereinigungsfreiheit abgegebenen Erklärungen vollkommen unzulänglich waren. Daher besteht der IBFG darauf, daß die Regierung die spezifisch angeführten Fälle untersucht und die Verhaftung aller solcher Verbrechen beschuldigten Personen veranlaßt, damit sie vor Gericht gebracht und bestraft werden. Gleichzeitig fordert der IBFG die ihm angeschlossenen Gewerkschaftsbünde sowie andere internationale Organisationen auf, ihrerseits bei der guatemaltektischen Regierung gegen die andauernden Unterdrückungsmaßnahmen Protest einzulegen.

EUROPA : REALVERDIENST WEITER GESUNKEN

Während des Jahres 1984 ist in den meisten europäischen Ländern der durchschnittliche Realverdienst wiederum gesunken, was auch bereits in den drei vorangehenden Jahren der Fall war. Dies ist eine Schlußfolgerung der vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) im Juli d.J. veröffentlichten jährlichen Kollektivverhandlungsübersicht, in der die Forderungen der Gewerkschaften sowie die Verhandlungsergebnisse für das Jahr 1984 untersucht und auch die Aussichten für das folgende Jahr skizziert werden. Die Übersicht konzentriert sich u.a. auf Aspekte wie Löhne und Gehälter, Kaufkraft, Arbeitzeit, nicht Teil des Lohnes bildende materialle und soziale Vergünstigungen, Demokratie am Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen, Gewerkschaftsrechte, Beschäftigungssicherheit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Bezüglich der Arbeitszeit waren während der Berichtszeit in der Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Belgien, Großbritannien, Finnland, Italien, Norwegen, den Niederlanden, Griechenland und der Schweiz Fortschritte zu verzeichnen. Die Zukunftsprognose zeigt, daß alle europäischen Gewerkschaften weiterhin entschlossen sind, die bestehenden Arbeitsplätze zu schützen, der Arbeitslosigkeit abzuhelfen und die Kaufkraft der Löhne zu verteidigen. Zwecks Förderung dieser Ziele wurden Anfang d.J. bereits in Dänemark und Schweden umfassende Arbeitskampfmaßnahmen ergriffen. Exemplare der Übersicht sind direkt vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut erhältlich, dessen Anschrift wie folgt ist: ETUI, Boulevard de l'Impératrice 66, Bte 4, 1000 Brüssel, Belgien.

Tarifverhandlungsergebnisse

Großbritannien: Hafenarbeiter von Felixstowe - 6,2% ab 1. Juli; Mannschaftsdienstgrade auf Tankschiffen der Petroleumgesellschaft BP - 5,5% und 12 zusätzliche Urlaubstage; Mannschaftsdienstgrade auf Offshore-Zubringerschiffen in der Nordsee - 7% ab 2. Juli; Kanada: nichtfahrendes Personal der Eisenbahngesellschaften CN und CP - je 4% ab 1. Januar 1985 und 1986; Schweden: SAS-Kabinenpersonal - 7,1%; Autobusfahrer - Skr 2,28 pro Stunde ab 5. Mai; Bodenmechaniker der Luftfahrtunternehmen SAS und Linjeflyg - Skr 360 pro Monat.

Todesfälle

Mel Barisic, von 1973 bis 1978 Sekretär/Kassenwart der amerikanischen Seeleutegewerkschaft NMU, ist am 9. Mai im Alter von 63 Jahren gestorben.

Ellen McCullogh, ehemalige Leiterin der Forschungs- und Schulungsabteilung der Britischen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU), ist im Juni 1985 im Alter von 76 Jahren gestorben.

Helmut Wende, Vorsitzender des Personalrates der Deutschen Bundesbahn (DB) und Mitglied des Vorstandes der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GDED), ist am 8. Juli im Alter von 57 Jahren gestorben.

Personalien

Tas Bull ist nach seiner erfolgreichen Kanditatur nunmehr auf dem Kongreß der Australischen Hafenarbeiterföderation (WWFA) als Generalsekretär bestätigt worden. Kollege Bull ist seit 10 Jahren Mitglied des Fair-Practices-Ausschusses der ITF und wurde auf dem ITF-Kongreß 1983 in Madrid zum Vizevorsitzenden der ITF-Hafenarbeitersektion gewählt.

Garfield Davies ist der neue Generalsekretär der britischen Gewerkschaft der Handels- und Verteilungsarbeiter (USDAW), wenn der jetzige Generalsekretär Bill Whatley Anfang nächsten Jahres in den Ruhestand tritt.

Moss Evans ist vorigen Monat nach 7 Jahren als Generalsekretär der Britischen Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) in den Ruhestand getreten. In Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um die TGWU während seiner dreißigjährigen gewerkschaftlichen Laufbahn wurde ihm das TGWU-Goldabzeichen verliehen. Kollege Moss ist Mitglied des ITF-Vorstandes und des Fair-Practices-Ausschusses. Sein Nachfolger als Generalsekretär ist der Kollege Ron Todd.

John E. Lawe ist als Nachfolger des verstorbenen Kollegen William Lindner zum Internationalen Präsidenten der Amerikanischen Transportarbeitergewerkschaft (TWU) benannt worden. George Leitz (bisher Internationaler Sekretär/Kassenwart der TWU) rückt zum Internationalen Vizepräsidenten auf. Charles Faulding ist der neue Internationale TWU-Sekretär/Kassenwart. Kollege Lawe vertritt die amerikanischen Straßentransportarbeiter im ITF-Ausschuß für Öffentlichen Personennahverkehr und Kollege Leitz ist Mitglied des Ausschusses der ITF-Sektion Straßentransport.

Heikki Nurmi ist der Nachfolger des Kollegen Lasse Syrjänen als Vorsitzender der Finnischen Gewerkschaft des Lokomotivpersonals. Der in den Ruhestand tretende Kollege Syrjänen ist Mitglied des Ausschusses der ITF-Sektion Eisenbahn.

Flugkapitän Reg Smith von der Kanadischen Pilotenvereinigung ist zum Präsidenten der Internationalen Föderation der Luftlinienpiloten-Vereinigungen (IFALPA) gewählt worden. Der ausscheidende IFALPA-Präsident ist der irische Flugkapitän Bob Tweedy.

Dekan Onisokumeni Zudonu, Generalsekretär der Nigerian Ports Authority Workers' Union, ist im August d.J. auf dem Gewerkschaftstag seiner Organisation in Lagos in den Ruhestand getreten. Kollege Zudonu spielte viele Jahre lang eine wichtige Rolle bei der ITF-Tätigkeit in seinem Land, und alle seine Mitarbeiter werden ihn sehr vermissen.

BERICHTIGUNG : JACK BROMLEY (Seite 66 der letzten Nummer der ITF-Nachrichten)

In der letzten Nummer der ITF-Nachrichten wurde irrtümerlischerweise mitgeteilt, daß Jack Bromley (ehemaliger Stellvertretender Generalsekretär der Britischen Gewerkschaft der Funk- und Elektronikoffiziere (REOU)) in den Ruhestand getreten ist, als seine Organisation im Juni d.J. Teil der neuen britischen Offiziersgewerkschaft NUMAST wurde. Dies ist jedoch nicht der Fall, da Kollege Bromley ein leitender Funktionär in der neuen Gewerkschaft ist, mit besonderer Verantwortung für den Offshore-Sektor und die Fährschiffahrt. Wir bedauern diese Falschmeldung und bitten um Verzeihung.

Bevorstehende Tagungen

Tagung und Kundgebung für Öffentlichen Personennahverkehr	- Straßburg, 17.-18. Oktober 1985
Konferenz der Sektion Straßentransport	- Rom, 6.-8. November 1985